

## **P R E S S E M I T T E I L U N G**

**Nr. 348 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Niedersächsischen Landtag  
20.10.2011**

### **Grüne beurteilen bundesweit einheitliches Kernabitur skeptisch**

"Zentralismus und Vergleichbarkeit allein lösen weder Gerechtigkeits- noch Qualitätsprobleme", so die schulpolitische Sprecherin der Landtagsgrünen **Ina Korter**. Den Vorschlag des Aktionsrates Bildung, ab 2018 an einem Tag ein bundeseinheitliches Kernabitur einzuführen, sieht Ina Korter skeptisch: "Von zehn Prozent mehr Vergleichbarkeit wird die Qualität des Abiturs nicht besser. Das Zentralabitur nach Kerncurricula ist noch in der Umsetzungsphase - und die Probleme des G 8 sind noch immer nicht gelöst. In dieser Situation sollte man sich zurückhalten, den Schulen schon wieder neue Prüfungsvorgaben zu machen." Wichtiger sei es, die beschlossenen, länderübergreifenden Bildungsstandards wirklich umzusetzen.

Bei allem Verständnis für die Forderung nach besserer Vergleichbarkeit und mehr Gerechtigkeit helfe der Vorschlag eines Kernabiturs wenig weiter, solange es weiter gravierende Unterschiede in der schulischen Ausbildung und der Gebührenfreiheit beim Hochschulzugang gebe, so Korter.

"Wenn in Niedersachsen Gesamtschulen über Jahre hinweg verboten und behindert werden, wenn an ihnen die Schülerinnen und Schüler das Abitur schon nach 12 Jahren ablegen müssen, während dies in nahezu allen anderen Bundesländern nach 13 Jahren der Fall ist, wenn eine Sorte Schulen - die Oberschulen - besser ausgestattet werden als andere, wenn Niedersachsen anders als die meisten Bundesländer Studiengebühren erhebt, dann müssen hier erst einmal Ungerechtigkeiten beseitigt werden", sagte Korter.

Für die Grünen seien die größten Herausforderungen im Bildungssystem die Verbesserungen von Qualität und Bildungsgerechtigkeit. Wer ein bundesweites Kernabitur fordere, müsse konsequenterweise auch sagen, dass die Aufgaben von einer externen Prüfungskommission gestellt und die Abiturarbeiten extern korrigiert und bewertet werden müssten, so Korter. "Es ist sehr genau zu prüfen, ob durch derartige Vereinheitlichungen nicht dringend benötigte kreative Begabungen und innovative Köpfe durch das Raster fallen. Gerade diese jungen Menschen benötigen wir noch mehr als bisher."